



„VON NEW YORK LERNEN“

Im Herzen Europas beginnt ein einzigartiges Experiment: Berlin wird innerhalb weniger Jahre zur Superstadt umgebaut. Wenn das Milliardenprojekt gelingt, kann die alte und neue deutsche Hauptstadt zur Europa-Metropole aufsteigen. Doch interne Senatgutachten warnen schon jetzt vor einer Jahrhundertpleite.

So häßlich kann Berlin sein. Abweisend stehen da zwei Dutzend Platten- und Backsteingebäude wie Kasernen in Reih und Glied am Südrand einer flugplatzgroßen Brache. Am Horizont im Norden, gerade noch in Sichtweite, die schmutzige Silhouette von alten Industriebauwerken.

Ein Teppich aus bräunlichem Gras überzieht das Ödland über einige hundert Hektar und überwuchert scheinbar willkürlich aufgeworfene Erdhaufen. Toten Mündern gleich weisen offene Eisentüren in den künstlichen Hügeln den Zugang zu dunklen Munitionsbunkern und Schießständen einer längst aufgelösten Armee.

Der Ort verbreitet Endzeitstimmung und signalisiert Verfall. Doch genau hier, im heruntergekommenen Südosten der Stadt, wächst das kühnste Großvorhaben des neuen Berlin heran: die Wissenschaftsstadt Johannistal-Adlershof.

Wo einst die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt ihr Flugfeld, das Stasi-Wachregiment Felix Dserschinski seinen Übungsplatz und die DDR-Regierung ihre Akademie der Wissenschaften

unterhielt, da tüfelt und schuftet heute eine Heerschar von Wissenschaftlern. Planer und Politiker wollen, daß hier ein deutsches Silicon Valley entsteht.

Forschungsinstitute von internationalem Rang aus dem Erbe der DDR-Akademie sind für das Großprojekt mit neuesten Labors ausgestattet worden. Deutschlands leistungsstärkstes Elektronensynchrotron, ein Teilchenbeschleuniger für 150 Millionen Mark, ist daneben bereits in Bau. Über 100 High-Tech-Unternehmer machen im ersten neugebauten Gründerzentrum ihre Forschung zu Geld und geben schon jetzt 2000 Akademikern Arbeit.

Das benachbarte frühere Studiozentrum des DDR-Fernsehens wird zum Medienzentrum entwickelt. Und aus dem vermüllten Flugfeld wird ein Landschaftspark, um den herum Wohnungen, Schulen und Kindertagesstätten für eine Stadt in der Stadt entstehen.

Zehn Jahre wird es dauern und mindestens vier Milliarden Mark öffentlicher Investitionen kosten. Dann, so versichern die Planer, werden hier 35 000 Menschen zu Hause sein. Private Inve-

storen drängen sich bereits, auch der Forschungsvorstand des Weltkonzerns Siemens, der Chef der Daimler-Dienstleistungstochter Debis und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstages, Hans Peter Stahl, arbeiten mit.

„Das Projekt macht Spaß“, freut sich der Optoelektroniker und Sprecher der Adlershofer Forscherelite, Professor Inggolf Hertel, der im beschaulichen Freiburg einen sicheren Posten aufgab, um im wilden Osten dabeizusein. „Die Dynamik ist irre, hier wird Zukunft gemacht.“

So aufregend kann Berlin sein.

Nicht nur in Adlershof. An Hunderten von Orten im ganzen Stadtgebiet wird so und ähnlich Berliner Zukunft gebaut, erdacht, verworfen und von vorn begonnen. Im Jahr fünf der deutschen Einheit breiten sich Pioniergeist und Aufbruchstimmung in der deutschen Metropole aus wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Spürbar erholt sich der Osten von den Jahren des industriellen Niedergangs. Vorbei ist auch das endlose Gezerre um



Neubauplanungen im Zentrum Berlins (Simulation)

- 1 Zentralstation Lehrter Bahnhof
 - 2 Kanzlergarten
 - 3 Kanzleramt
 - 4 Parlamentarierbüros
 - 5 Bundesrat
 - 6 Reichstag mit neuer Glaskuppel
 - 7 Alexanderplatz
 - 8 Neubebauung Pariser Platz (u. a. amerikanische und französische Botschaft)
 - 9 Friedrichstraße
 - 10 Ländervertretungen (ehemalige Ministergärten)
- Potsdamer Platz/Leipziger Platz:**
- 11 Hertie
 - 12 Sony
 - 13 Asea Brown Boveri (ABB)
 - 14 Daimler-Benz

FOTO: S. DOBLINGER/PAPARAZZI
COMPUTERSIMULATION: DALECKI & PARTNER

den Hauptstadumzug, Helmut Kohl und sein Berlin-Botschafter Klaus Töpfer machen Ernst (siehe Kasten Seite 48). Sogar der Protest der West-Berliner gegen den Entzug ihrer Lohnzuschläge geht im Lärm des Neuen unter.

Im Herzen Europas hat ein faszinierendes Experiment begonnen. Der Großraum Berlin, mit 4,2 Millionen Einwohnern vergleichbar dem ganzen Rhein-Main-Gebiet, wird zum einzigartigen Laboratorium für die europäische Großstadt des 21. Jahrhunderts.

Ein Sturm von Investitionen bricht über die Stadt herein. 300 Milliarden Mark sind allein für Neubauten verplant.

Der Aufbruch setzt gewaltige soziale und wirtschaftliche Kräfte frei, die jahr-

zehntelang durch Mauer und Planwirtschaft gefesselt waren. Die Zahl der Einpendler stieg in den letzten fünf Jahren von praktisch null auf über 200 000 Menschen am Tag. Binnen eines Jahrzehnts wird ein neuer Stern von Schnellbahnlinien diesen Strom in eine geordnete kleine Völkerwanderung verwandeln, die täglich wiederkehrt.

Soziologen und Ökonomen sagen eine dramatische Umwälzung der Stadtstrukturen und ihrer Bevölkerung voraus. Was sich in anderen Großstädten in Jahrzehnten langsam entwickelte, wird Berlin im Zeitraffer erleben: Einkommensstarke Schichten, die aufs Land fliehen, und arbeitssuchende Zuwanderer, die hereindrängen, wälzen ganze Stadtteile um.



Grundsteinlegung am Potsdamer Platz*: Ein Sturm von Investitionen bricht herein

Unübersehbar ist die brodelnde Riesenstadt auch Magnet für Migranten und Flüchtlinge aus aller Welt. Tausende aus Ost, Fernost und Lateinamerika strömen nach Berlin, um ihr Glück zu suchen. Sie bringen sozialen und kulturellen Zündstoff mit, dessen Sprengkraft noch niemand abzuschätzen vermag.

Nach 60 Jahren Pause gewinnt Berlin das legendäre „Tempo“ der goldenen, aber auch brutalen zwanziger Jahre zurück. Wird es noch einmal golden – oder noch brutaler?

Wird es gelingen, wie etwa Daimler-Chef Edzard Reuter hofft, Berlin zum „europäischen Dialog- und Entscheidungszentrum“ des nächsten Jahrhunderts zu machen, zum vierten „Knotenpunkt Europas neben Paris, London und Moskau“, zu „einem der größten Dienstleistungszentren des Kontinents“?

Oder wird die Stadt von ihren Nachhol- und Aufbauproblemen erdrückt, bleibt

* 1994 für den Bürokomplex von Daimler-Benz.

der große Aufbruch im Pleitesumpf von Fehlinvestitionen und leeren öffentlichen Kassen stecken?

Droht gar, wie der Berliner Ökonom Eberhard von Einem schon mal spekulierte, „die Armutsmetropole“, die mit „billigen Behelfssiedlungen am Stadtrand“, kaputten Altbauquartieren und einer Million armer Einwanderer zum größten sozialen Reparaturbetrieb der Republik verkommt?

„Das Ergebnis ist ungewiß, aber der Transformationsprozeß wird ungeheuerlich“, ahnt, wie viele aus seiner Zunft, der Ökonom Ulrich Pfeiffer, Chef des Sozialforschungsinstituts Empirica, das seit Jahren die Berliner Stadtentwicklung erforscht.

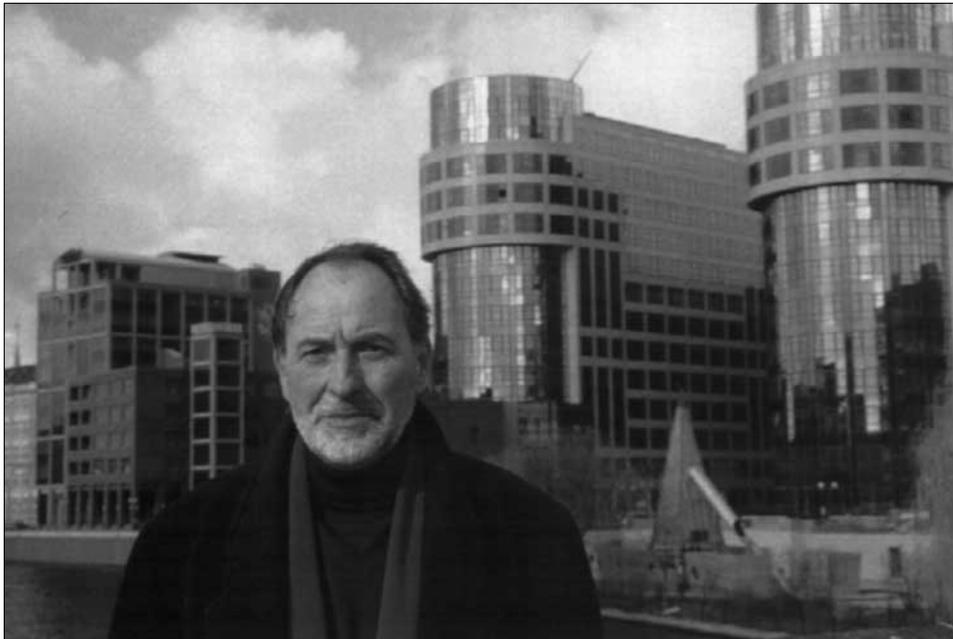
Am schnellsten wandelt sich die Berliner Wirtschaft. Nach 230 000 Arbeitsplätzen in Ost-Berlin sind 40 000 in den letzten zwei Jahren nun auch im Westteil verschwunden: Das Ende der

nun für Büros am Gendarmenmarkt im einstigen Ostbezirk Mitte bezahlt.

Nichts bleibt, wie es war, in der alten neuen deutschen Hauptstadt. Der Ballungsraum 50 Kilometer vor der polnischen Grenze könnte, so glauben Wirtschaftsforscher, das prosperierende Zentrum eines neuen, vereinten Mitteleuropas werden.

Zwar erwarten die Experten im Gefolge von Regierung und Parlament zunächst nur 16 000 neue Jobs. Aber damit einher geht „die größte Chance der Stadt“, meint Peter Ring, Wirtschaftsberater der Firma Regioconsult: Der Umbau Berlins zum Regierungssitz bringt Menschen, Maschinen und Kapital ohne Ende in die Hauptstadt.

Zehn Jahre lang wird die Stadt das Zentrum der europäischen Baubranche sein. Zeit genug, so Ring, „nicht alles zu importieren, sondern eine eigene, exportstarke Bauindustrie zu entwickeln“.



L. GRUNWALD

Wirtschaftsberater Ring*: Menschen, Maschinen und Kapital ohne Ende

Bonner Subventionen – zuletzt 5,4 Milliarden im Jahr – ließ den Standort Berlin für viele uninteressant werden. Hunderte von Betrieben wanderten ins billigere oder besser subventionierte Umland ab.

Doch zugleich expandieren Dienstleistungsunternehmen aller Art, von der Auftragsforschung bis zur Medienindustrie. Der radikale Wandel provoziert böses Blut: Im Westen der Stadt steigt die Arbeitslosigkeit, im Osten sinkt sie und liegt schon unter Westniveau.

Für die West-Berliner, einst am Vorposten des Wohlstandes der westlichen Welt, ist das irritierend: Die besten Adressen liegen nicht mehr am Kurfürstendamm. Die höchsten Preise werden

Schon jetzt gibt es nur wenige Plätze in der inneren Stadt, von denen aus kein Baukran zu sehen ist. Genau 911 Baustellen zählte letzten Monat das Bauamt allein im kleinen Bezirk „Mitte“.

Eine viertel Million Menschen arbeiten bereits am und für den Berliner Bau. Zigtausende von ihnen kommen aus dem europäischen Ausland. Wanderarbeiter aus Portugal, Italien, Irland, England, Dänemark und sogar Norwegen machen die Stadt europäischer denn je.

Tagsüber schufteten die Fremden in Zwölf-Stunden-Schichten, nachts teilen sie sich enge Zimmer in billigen Läusepensionen oder Barackenunterkünften am Stadtrand. An ihren freien Tagen trifft man sie im Oscar Wilde Pub an der Friedrichstraße oder in der Jazz-Kneipe Eierschale am Ku'damm.

Handwerker wie der junge Familienvater Tony Kempton, 32, aus Sheffield schwärmen von „der guten Arbeit für viele Jahre“, die sich ihnen bietet. Für 30 Mark in der Stunde verdingt sich Kempton als selbständiger Fliesenleger, in sechs Monaten verdient er Geld für ein Jahr. Sein Fazit: „Berlin is great.“

Janz schön great: Die vielen neuen Geschäftshäuser in der Mitte und entlang der großen Ost-Magistralen Frankfurter und Landsberger Allee sind erst der Anfang. Selbst der zur Zeit noch größte Bau an der neuen alten Einkaufsmeile Friedrichstraße, wo über drei ganze Blöcke hinweg eine abgeschottete Shopping-Welt im US-Stil errichtet wurde, ist bescheiden im Vergleich zu dem, was da noch kommen soll.

Bauexperten von Bund, Senat und der Deutschen Bahn werden schon im nächsten Jahr im Kern der Stadt die größte Baustelle des Kontinents einrichten. In nur sechs Jahren wollen sie die kilometerlange klaffende Stadtwunde um den früheren Mauerstreifen, vom Spreebogen im Norden bis zum Landwehrkanal im Süden, in einem Zuge schließen. Zur gleichen Zeit und auf engstem Raum nebeneinander entstehen von Nord nach Süd:

▷ ein neuer Zentralbahnhof mit vier Ebenen;

Wagemutige Ingenieure graben zeitgleich vier Tunnel durch die City

▷ das Kanzleramt und der Parlamentsbezirk mit über 1400 Büroräumen;

▷ bis zu zehn Repräsentationsbauten im benachbarten Botschaftsviertel;

▷ die amerikanische und die britische Botschaft, ein Hotel, eine Bank und die Akademie der Künste um den Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor;

▷ bis zu zwölf Ländervertretungen;

▷ die gewaltige Wohn- und Geschäftsburg der vier Konzerne Daimler-Benz, Sony, ABB und Hertie am Potsdamer und am Leipziger Platz mit einer dreiviertel Million Quadratmeter Büro- und Ladenflächen;

▷ das fünf Blöcke starke Business Center am früheren alliierten Grenzübergang Checkpoint Charlie.

Darunter graben wagemutige Ingenieure zeitgleich vier Tunnel durch die City, für Fern- und Regionalbahn, U- und S-Bahn sowie für eine Schnellstraße, die Kanzler und Parlament vor Autoabgasen und Lärm bewahren soll.

Zuviel? Mit leichter Hand haben die Bauherren des neuen Berlin außerdem Großprojekte über die ganze Stadt gestreut.

* Vor der neugebauten Zentrale für High-Tech-Unternehmen am Spreeufer in Moabit.

„Das wird richtig eng“

Klaus Töpfers Pläne für den Super-Umzug

Alles ist schön bunt hier. Schockfarben schmücken die Wände des früheren DDR-Volksbildungsministeriums Unter den Linden.

Die komplett renovierten Bürotage für 170 Abgeordnete des Bundestages sind seit Januar bezugsfertig. Doch gähnend leer ist der Unionsflur – eine Sekretärin bewacht die Stille. Im Trakt der Sozialdemokraten telefoniert ein einsamer Fraktionsmitarbeiter mit den Genossen in Bonn.



Herzog vor Berliner Amtssitz
Das Zentrum bekommt Konturen

Bundespräsident Roman Herzog ist der erste und einzige Bonner, der einen funktionierenden Amtssitz in Berlin unterhält – die anderen glänzen durch Abwesenheit.

Das neue Justizministerium, von der DDR als Rohbau im Bezirk Mitte übernommen, ist bald fertig. Und am Reichstag, dessen Umbau zum Sitz des Bundestages im Frühjahr 1999 abgeschlossen sein soll, haben immerhin die Sanierungsarbeiten begonnen.

Der neue Umzugsbeauftragte und Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU) hat allen Ministerkollegen ihre teils aufwendigen Neubaupläne ausgedreht. Er hat das ursprüngliche Standortkonzept total umschreiben lassen.

Nach der neuen Liste sind nun alle Ministerien auf bundeseigene

Liegenschaften verteilt. Nur Töpfer sucht für seine Beamten noch Mieträume.

Das Zentrum des Regierungsviertels bekommt am Reißbrett allmählich Konturen. Abgeschlossen sind die Wettbewerbe für den Neubau des Bundespräsidialamtes südlich des Schlosses Bellevue. Mit den Arbeiten soll Mitte 1996 begonnen werden. Helmut Kohl will in Kürze übers neue Kanzleramt entscheiden.

Noch in diesem Jahr soll der erste Spatenstich gesetzt werden für die Dorotheenblöcke unweit des Reichstages – vier Häuserblocks für Abgeordnetenbüros und Parlamentsdienste. Direkt am Spreeufer sollen von 1997 an 1300 Bundestagsbüros zusätzlich zu den Büros Unter den Linden entstehen.

Der Umzug ist zwischen 1998 und 2000 geplant. Ob der Termin zu halten ist, hängt weitgehend vom Schicksal des technisch und finanziell hochriskanten Tiergarten-Tunnels für den Verkehr unter dem Regierungsviertel ab. Töpfer: „Der Tunnel und die gesamte Verkehrsführung im Zentrum könnten ein Problem werden.“

Nicht gerührt hat der Umzugsminister bisher am Konzept der zwei Regierungssitze. 8 von 18 Ministerien sollen laut Gesetz in Berlin nur durch Kopfstellen vertreten sein – ein ineffektives und teures Modell.

Für die rund 12 000 Bundesbediensteten müssen bis 1998 noch 8000 Wohnungen gebaut werden. „Das wird richtig eng“, weiß ein Umzugsplaner, denn für 6000 Domizile fehlt jegliche konkrete Planung. Grund: Berlins Schul- und Sportsenator Jürgen Klemann (CDU) beansprucht sämtliche Sportanlagen der abgezogenen Alliierten, darunter viele Grundstücke, die Bonner Beamten preiswert anzubieten wären.

Spätestens bis zum Sommer muß Töpfer den Konflikt gelöst haben – Planungsrecht und Bau beanspruchen fast drei Jahre. Doch der Minister zögert den Krach hinaus.

Dabei hatte er angekündigt: „Bis Mitte des Jahres müssen wir allen Bonner Beamten sagen, wo sie in Berlin wohnen werden. Dann haben wir das Wichtigste vom Umzug schon geschafft.“

Im Südosten entwarfen die Planer nicht nur die Wissenschaftsstadt Adlershof. Sechs Kilometer nördlich starteten die Senatoren für Stadtentwicklung und Bau, Volker Hassemer (CDU) und Wolfgang Nagel (SPD), gleich ein Konkurrenzprojekt, das städtebauliche Entwicklungsgebiet Rumsdörfer Bucht. Auf 130 Hektar Industriebrache sind noch einmal Wohnungen und Büroflächen am Wasser für 15 000 Menschen vorgesehen.

Insgesamt sind mehr als 20 Siedlungsprojekte geplant – für über 200 000 Menschen. Dazu gehört auch das Vorzeigeprojekt einer Wasserstadt an der Oberhavel im Westen. Da sollen dereinst Tausende mit Blick aufs Wasser in modernsten Komforthäusern wohnen. Die Segelboote sind dann vor der Haustür vertäut, kühn geschwungene Brücken erlauben den Besuch des neuen Parks auf der Flußinsel Eiswerder.

Solche Vorhaben erscheinen mutig und der Berliner Größe angemessen. Doch sie stürzen die Stadt in unkalku-

Die protzige Planung führt geradewegs in die öffentliche Pleite

liebhere Abenteuer. Die protzige Metropolenplanung führt geradewegs in die öffentliche Pleite.

Schon der offizielle Haushalt des Finanzsenators Elmar Pieroth (CDU) enthält Schuldenzahlen, neben denen Theo Waigels Einheit auf Pump harmlos erscheint. In nur sieben Jahren, von 1991 bis 1998, wollen die Abenteuerer von der Spree die Verschuldung des Landes von 21 Milliarden auf 61 Milliarden Mark verdreifachen, knapp 18 000 Mark Schulden für jeden Berliner Bürger.

Aus der überbelegten Wohnungsbauförderung – einem Berliner Unikum – werden bis dahin noch einmal Verbindlichkeiten von 56 Milliarden entstanden sein. Fast jede dritte Mark, die Berlins Steuerzahler aufbringen, wird demnach 1998 nur noch für Zinsen und Bausubventionen draufgehen.

„Hier wird rücksichtslos auf das Geld der westdeutschen Steuerzahler spekuliert“, empört sich die Grünen-Abgeordnete Michaela Schreyer, „die etwaige Tilgung der Schuld kommt in Pieroths Berichten gar nicht mehr vor.“ Der Hauptstadt drohe der Schuldturm.

Wahrscheinlich ist sie schon drin. Eine Studie, vom Senat bei dem Politikberatungsunternehmen Prognos in Auftrag gegeben, offenbart, daß die Berliner Kassen außer Kontrolle geraten sind.

Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, derzeit bestehe gar „kein Über-



H. ZIMMERMANN / OSTKREUZ

Kaufhausbau in der Friedrichstraße: „Berlin is great“

blick über die Finanzierungserfordernisse der Vorhaben“ für den Stadtumbau. Der Senat sei gegenüber privaten Bauunternehmen und Investoren in vielen „Fällen erhebliche Mittelbindungen auf lange Sicht eingegangen“, deren „tatsächlicher Umfang aber gar nicht bekannt“ ist.

So sind für viele Großvorhaben Industrieflächen vorgesehen, die mit Giften aller Art durchtränkt sind. Für die Beseitigung der Altlasten kalkulieren die Gutachter fast eine Milliarde Mark. Im Landeshaushalt ist aber nur ein Bruchteil dafür eingepplant.

Bereits in den nächsten zwei Jahren werde bei den Großprojekten „eine Deckungslücke von 500 Millionen“ eintreten, warnt die Prognos-Studie. „Von einer bewußten Steuerung der Stadtentwicklung“ könne immer „weniger die Rede sein“.

Aber Finanzsenator Pieroth kann sich im Dschungelkampf der Berliner Bürokratie wohl nicht durchsetzen. In einem internen Vermerk klagten seine Beamten noch Ende Januar, die „Bemühungen zur Klärung des langfristigen Fi-

nanzbedarfs stoßen regelmäßig auf Vorbehalte der betreffenden Senatsverwaltungen, die keine Ausgabenbedarfe nennen können oder wollen“.

Tatsächlich erreiche aber „die Kumulation des Finanzbedarfs“ aller Baupläne „Größenordnungen, die den Rahmen der Finanzplanung Berlins sprengen“. Die „gewaltige Investitionsvorbelastung“ ab 1999 sei „nicht hinnehmbar“. „Ohne grundsätzliche Gegensteuerung“ seien „massive Verdrängungseffekte“ zu erwarten, die Stadt könne dann ihren übrigen Verpflichtungen, etwa zum Erhalt von Universitäten und Krankenhäusern, nicht nachkommen.

Allen Warnungen zum Trotz verweigern aber Bausenator Nagel und sein Verkehrskollege Herwig Haase (CDU) jede Korrektur. So halten sie gegen vielfache Kritik eisern am Bau der 1,3 Milliarden Mark teuren sogenannten Kanzler-U-Bahn vom Alexanderplatz durchs Regierungsviertel zum neuen Zentralbahnhof fest. Die gleiche Verbindung deckt eine parallel laufende S-Bahn schon ab. Selbst die Verkehrsbetriebe

BVG stellten fest, daß eine Straßenbahn, die nur einen Bruchteil der Summe kostet, für den Bedarf ausreichen würde.

Die drohende „Finanzkatastrophe“ (Schreyer) ist jedoch nur Symptom der eigentlichen Berliner Krankheit: Dem Polit-Establishment der Stadt, zusammengeschießt in einer großen Koalition gegen die PDS, gelingt es nicht, aus dem Ende seines subventionierten Insel-daseins die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Seit vier Jahren ist klar, daß von diesem Jahr an mit den Milliarden spritzen aus Bonn Schluß ist. Doch die Berliner wirtschaften weiter aus dem vollen.

Nach wie vor nähren die Senatoren beispielsweise mit 14 Milliarden Mark jährlich fast 300 000 Beamte und Angestellte aus der Steuerkasse. Bei knapp 90 öffentlichen Bediensteten pro 1000 Einwohner leistet sich das arme Berlin so einen um ein Drittel größeren Personalstamm als das reiche Hamburg.

Während die Senatoren die Stadtkasse für Prestigeprojekte und Beamtenpensionen plündern, verfallen andernorts Schulen und Straßen. Im Ost-Berliner Neubaubezirk Hohenschönhausen zum Beispiel, schätzt Hartmut Körner, Chef der Bauinstandhaltung, betrage der Sanierungsbedarf 250 Millionen Mark. Beinahe alle Toilettenanlagen in den Schulen des Bezirks sind kaputt, fünf Turnhallen mußten wegen Wasserschäden gesperrt werden.

Körners Jahresetat beträgt aber gerade mal 5 Millionen Mark, zwei Prozent des Bedarfs. „Wir stopfen nur noch die Löcher“, warnt er, „die Gebäude können wir so nicht halten.“

Finanzielle Entspannung könnte die geplante Fusion von Berlin mit Brandenburg bringen. Doch auch die droht an der Unbeweglichkeit der Berliner Politspitze zu scheitern, die allzu vielen Interessenten verpflichtet ist.

Zwei Millionen Mark zahlte Diepgens Senatskanzlei Anfang des Monats für eine Anzeigenkampagne, um die Bevölkerung für das Unterfangen zu gewinnen. Argument Nummer eins: „Eine ganze Regierung und ein ganzes

Konkurrenten		Paris	London	Berlin	Wien	Brüssel
Europäische Großstädte im Vergleich						
jeweils neueste verfügbare Daten	Einwohner	10 800 000	6 700 000	3 452 000	1 590 000	951 000
	Fläche	1 200 km ²	1 580 km ²	889 km ²	415 km ²	161 km ²
	Durchschnittsjahreseinkommen pro Kopf	43 700 Mark	50 000 Mark	48 600 Mark**	37 300 Mark	15 000 Mark
	Arbeitslosenquote	9,7%	10,1%	13,2%	6,8%	8,4%
	Ausländer-Anteil	12,7%	20%*	12,1%	16,3%	29,1%
	Autos pro 1000 Einwohner	360	250	400	440	440
	Hotelbetten	115 000	140 000	43 070	40 000	19 500

*ethnische Minderheiten
**nur West-Berlin

DER SPIEGEL



W. KUNZ / BILDBERG

Verrotteter Altbau in Ost-Berlin: „Ganze Gebiete werden absacken“

Parlament fallen weg. Ein Land hilft sparen!“

Soviel Vernunft war Diepgens Parteifreunden im Abgeordnetenhaus aber zuviel. Aus Angst, im neuen Bundesland in die Minderheit zu geraten und Pfründen zu verlieren, beschloß die CDU-Fraktion unter Führung ihres Vorsitzenden Klaus Landowsky, die Fusion mit unerfüllbaren Bedingungen zu torpedieren. Unter anderem erscheint den CDU-Politikern unerträglich, mit dem zukünftigen Landtag ins benachbarte Potsdam umziehen zu müssen. Außerdem dürfe „niemand wegen der Fusion seine Arbeit verlieren“.

So verspielt die provinzielle Berliner SPD/CDU-Koalition die Chancen, die reichlich vorhanden sind.

Die rund 250 verschiedenen Forschungsinstitute der Stadt, von Deutschlands berühmtestem Klinikum, der Charité, bis zum Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), einem „think-tank“ für Sozialforschung mit Weltruf, könnten ein Motor des Wachstums sein. Sie sichern den kurzen Weg zu Experten jeder nur erdenklichen Disziplin. Gleich drei Universitäten mit 116 000 Studenten garantieren zudem ausreichend qualifizierten Nachwuchs.

Gleichzeitig könnte Berlin zum Messezentrum und Schaufenster der Europäischen Union für Mittel- und Osteuropa aufsteigen. Keine andere deutsche Stadt zieht mehr Besucher aus den neuen Wachstumsländern zwischen Ostsee und Schwarzem Meer an.

Mit jährlich Hunderttausenden betuchten Geschäftsreisenden kann sich eine blühende Tourismusbranche entwickeln. Die Vorboten des Ostgeschäfts haben die Juweliere und Modegeschäfte der Ku'damm-City schon erreicht: Umsatzzuwachs bringen vor allem russischsprachige Verkäuferinnen, die kaufkräftige

Neureiche aus Moskau und St. Petersburg bedienen.

Weltstadtträume. Schon jetzt wird aber auch die häßliche Kehrseite des neuen Berliner Tempos sichtbar: Die Entwicklung ganzer Stadtviertel gerät außer Kontrolle.

Weil beinahe jeder Antrag zum Bau von Büropalästen und Geschäften genehmigt wurde, habe „die öffentliche

Hand ein unübersehbares Zeichen gesetzt, daß jede Spekulation an jeder Stelle der Stadt erlaubt ist“, empört sich der Stadtplaner Wulf Eichstädt. Schon in „x-beliebigen Lagen in Kreuzberg“ seien Grundstücke nicht mehr unter 1500 Mark pro Quadratmeter zu haben. Das „aus dem Ruder geratene Bodenpreisgefüge“ treibe die Mieten in die Höhe, mache bezahlbaren Wohnungsbau unmöglich, und Gewerbe mit vielen tausend Arbeitsplätzen könne sich nicht in der Stadt halten.

Teile der Ost-Berliner Altbauquartiere Friedrichshain und Prenzlauer Berg drohen zu Slums zu verkommen. Weit über 100 000 Wohnungen aus der Kaiserzeit müssen im Ostteil vor dem Verfall bewahrt werden. Allein mit öffentlichen Mitteln ist das nicht zu schaffen.

Wollen aber Privatleute die Stadtreparatur in die Hand nehmen, treibt der hohe Kaufpreis für das Grundstück die Mieten anschließend in unbezahlbare Höhen. Also sperren sich viele gegen jede Veränderung.

„Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, das wäre noch in den Griff zu kriegen“, konstatiert daher der Sanierungsexperte und Stadtplaner Erich Konter. „Da werden ganze Gebiete absacken, das ist nicht aufzuhalten.“

Der Unsichtbare

Wie ein Ausländer illegal in Berlin lebt

Von seinem Freund Marco wird Joaquín „Mr. Niemand“ genannt. Joaquín, 31, taucht in keiner Statistik auf. Kein Eintrag beim Einwohnermeldeamt und im Telefonbuch, kein Name an der Klingel, kein Konto bei der Bank.

Der junge Chilene ist einer von Zehntausenden Illegalen, die im unübersichtlichen Wende-Berlin einen Unterschlupf suchen. Er hat keine „Aufenthaltsbefugnis“ – eines der wenigen deutschen Wörter, die er aussprechen kann. Also ist er für deutsche Behörden nicht existent.

So soll es auch bleiben. Er versucht, sich unsichtbar zu machen, keine Spuren zu hinterlassen. „Ich habe gelernt“, sagt er, „mich totzustellen.“

Seit sechs Jahren lebt der Eisenwarenverkäufer aus Valparaíso in Berlin. Seine Heimat verließ er einst aus Angst vor politischer Verfolgung, weil er in ei-

ner unter Pinochet verbotenen Gewerkschaft gearbeitet hatte. Nun schlägt er sich illegal durch die Hauptstadt. Seinen Asylantrag hat er zurückgezogen, denn nach dem Machtwechsel in Chile hat er keine Hoffnung mehr, als politisch Verfolgter anerkannt zu werden.

Die Furcht vor der Entdeckung ist das Lebensgefühl, das ihn beherrscht, täglich, stündlich, beim Brötchenholen und bei Verabredungen mit Freunden in einem der Berliner Latino-Treffpunkte. Joaquín mit dem bunten Westchen und den langen, zum Schwanz gebundenen Haaren tanzt gern Salsa, aber er geht nicht in die Disco.

Nachts traut er sich nicht auf die Straße: Was soll er bei einem Überfall machen, wenn die Polizei kommt und er nur den Ausweis mit dem Stempel „ausreisepflichtig“ vorzeigen kann?

Der drahtige, sportliche Schwarzhaarige will nicht zurück nach Chile. Wo

In den Innenstadtbezirken des Westens dagegen geraten die ärmeren Bevölkerungsschichten unter Vertreibungsdruck. In Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg sterben die Läden und Kleinbetriebe seit Jahren. Das Milieu weicht austauschbaren schicken Kneipen, Architekturbüros oder Computerläden.

„Die Betreiber des Wandels zerstören, worauf sie spekulieren“, ärgert sich Berlins bekanntester Stadtchronist und Architekturkenner, Dieter Hoffmann-Axthelm. Der „Kiez“, die enge Mischung von Arbeit und Wohnen, von Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten für verschiedene Bevölkerungsschichten, sei das, „was Berlin Paris oder London am nächsten bringt, das lassen sie nun kaputtgehen“.

Die Stadtentwicklung gerät auf die schiefe Bahn. „Yuppisierung“ und Verarmung stoßen sich jetzt in Kreuzberg auf engstem Raum. Der Verlust der einfachen Jobs hat die Arbeitslosenrate im Bezirk auf fast 20 Prozent hochgetrieben, das Durchschnittseinkommen sank auf rund 1000 Mark. Gleichzeitig schließen wegen zu hoher Mieten die freien Sozialeinrichtungen. „In Kreuzberg reißt das Sozialnetz“, warnt der Sprecher des Kiezvereins „SO 36“.

Noch krasser trifft es die Arbeiterbezirke Neukölln und Wedding. Nach der



Russischer Straßenmusikant an U-Bahn Alexanderplatz: Angst vor der Mafia

Flucht der deutschen Mittelstandsfamilien rücken dort vor allem ausländische Flüchtlinge und die wachsende türkische Gemeinde nach – ein idealer Nährboden für rechtsradikale Aufrührer.

„Die soziale Situation hier ist hoch gefährlich“, warnt der Weddinger SPD-Bürgermeister Hans Nisblé, die „sozialpolitische Bombe“ müsse durch eine bessere „Durchmischung“ entschärft werden.

Das wird schwer werden. Im Wedding ist jetzt schon zu beobachten, was die ganze Hauptstadt vielleicht mehr verändern wird als alle Bauprojekte: Einwanderung aus aller Welt.

Die heimlichen Berliner kommen aus Vietnam, China, Peru oder Kuba, aus Rußland, Polen, Bosnien, der Türkei oder Rumänien. Sie kommen als Touristen oder Kontingentflüchtlinge, als Fa-

soll er dort arbeiten? Wer garantiert ihm, daß er in einem Land, in dem der alte Repressionsapparat immer noch funktioniert, frei und unbehelligt bleibt?

Dann schon lieber das unsichtbare Leben in Berlin. „Jeden Moment kann etwas passieren“, glaubt Joaquín und nestelt nervös an seinem dünnen Goldkettchen. Er hält sich an alle Gesetze, aber er ist rechtlos.

Nie fährt er schwarz mit der U-Bahn, er kauft die Umweltkarte für 89 Mark – für einen Gelegenheitsjobber ist das viel Geld. Mit dem Spanisch-Unterricht, den er Freunden und Bekannten gibt, kommt er monatlich gerade auf 500 Mark.

Schwarzarbeiten wie früher, als Küchenhilfe in Berliner Restaurants, will er nicht mehr. Für acht Mark in der Stunde mußte er die Drecksarbeit erledigen, Klos putzen und saubermachen. Beschwerte er sich, wiesen ihn seine Arbeitgeber zurecht. Wenn er nicht wolle, könne er ja gehen. Sie hätten genug Leute wie ihn auf der Liste.

Alle zwei bis drei Wochen wechselt Joaquín die Wohnung. Mal schläft er

bei Bekannten, mal im engen Studentenapartment seiner deutschen Freundin. Ein eigenes Zimmer sucht er erst gar nicht. Dazu fehlt das Geld, und für einen Unsichtbaren ist das Risiko eines Mietvertrags viel zu hoch.

In einem Schließfach im Bahnhof Zoo hat er seinen Koffer verstaut; drin sind Hosen, Hemden, Pullover. Manchmal holen Freunde für ihn frische Wäsche ab. Meist aber muß er selbst hin. Dann schlägt er weite Bögen um die Polizisten, die dort in der Junkie- und Stricherszene kontrollieren.

Wenn Freunde ihn erreichen wollen, lassen sie das Telefon dreimal klingeln, wählen dann erneut. Nur nach diesem verabredeten Zeichen greift er zum Hörer. Ein Sicherheitsrisiko sind auch die Treppenhäuser. „Was machen Sie da, wer sind Sie, wohnen Sie dort?“ hat ihn kürzlich eine mißtrauische ältere Frau gefragt, als er das Türschloß für seinen neuen Unterschlupf nicht gleich aufbekam.

Nervös wird Joaquín, wenn seine Freunde Besuch einladen: Vielleicht erzählen die Gäste hinterher, daß sie mit ihm lateinamerikanisch gekocht

und gegessen haben. Nach Solingen, hat er beobachtet, gehörte es zum guten politischen Ton, besonders nett zu Ausländern zu sein. Und wer Gutes tut, der redet darüber.

Einem chilenischen Freund wurde solche Offenheit zum Verhängnis. Ein Polizist, der zum weitläufigen Bekanntenkreis zählte, schnappte das Gerede auf – der Gastgeber wurde nach einer Woche Haft abgeschoben.

Beim Überleben ohne Papiere und ohne Rechte hilft die Gemeinde der fast 4000 Latinos in Berlin. Mal bekommt der Obdachlose etwas Geld zugesteckt, mal Essen, mal einen Schlafplatz. „Diese Solidarität“, sagt er, „habe ich so nicht erwartet. Aber auch viele Deutsche helfen mir.“

Joaquín träumt davon, als Koch zu arbeiten und eine Familie zu gründen. Es bleiben Träume, keine Ziele: Jeder Versuch, seine Wünsche in die Tat umzusetzen, würde ihn aktenkundig, sichtbar machen.

Abwarten, Versteck spielen, nicht durchdrehen heißt seine Strategie für die Gegenwart. Hat er für die Zukunft Hoffnung? „Schwierig“, sagt Joaquín, „eigentlich nicht.“

miliennachzügler oder Leiharbeiter, legal oder illegal.

Offiziell sind erst zwölf Prozent, rund 420 000 Berliner, ausländischer Herkunft, in der Mehrzahl Türken und Jugoslawen. In der Altersgruppe bis 30 Jahre stellen Ausländer jedoch schon fast ein Drittel der Bevölkerung West-Berlins. Ihre Zahl wächst um 10 000 bis 15 000 pro Jahr. Dagegen nimmt die deutschstämmige Bevölkerung wegen des dramatischen Geburtenrückgangs und wegen der Stadtfucht stetig ab.

Wohlfahrtsverbände und Sozialforscher schätzen darüber hinaus, daß sich längst weit über 100 000 Menschen illegal in Berlin durchschlagen. So wächst eine ethnisch bunt gemischte Nebenwelt heran wie nirgendwo sonst in Deutschland – der Untergrund geht in ausländische Hände über.

schaft gerate in ein kriminelles Umfeld. „Wer kein Geld hat, macht eben alles, vom Drogenschmuggel bis zur Schutzgelderpressung.“

Viele geraten in ausweglose Situationen. Ihre Armut und ihre Furcht vor der Polizei macht die Illegalen zu idealen Opfern von Kriminellen und Ausbeutern. Die Wohnraumvermittlung für Untergetauchte, berichtet einer der wenigen Sozialarbeiter, die den Kontakt in die illegale Szene halten, „ist ein einziger Sumpf“ (siehe Kasten Seite 52).

„20 Mark pro Nase und Nacht“ sei noch ein guter Preis, meint etwa ein polnischer Bauhandwerker, der sich eine Sozialwohnung mit sechs Kollegen teilt. Bei Kosten von höchstens 1000 Mark im Monat kann der Vermittler 3000 Mark Gewinn einstreichen.

Tatjana Forner, Sprecherin einer Selbsthilfegruppe für russische Migran-

behörde deckten Fahnder letzten Monat den schwunghaften Handel mit Aufenthaltsgenehmigungen für Chinesen auf.

In jedem Fall wird der Zuzug aus Osteuropa wachsen. Hartmut Häußermann, Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität, weiß: „In Warschau warten Hunderttausende nur im Transit.“

Der Hauptstadt werde gar nichts anderes als eine gezielte Einwanderungspolitik übrigbleiben. „Wir müssen“, fordert Häußermann, „das Fremde in der Stadt sich entwickeln lassen.“ Vom Sozialstaat seien die Ausländer nicht zu ernähren. Da könne Berlin im Guten wie im Schlechten „von der Einwandererstadt New York lernen“.

Man solle das wachsende multinationale Untergrundheer wenigstens teilweise aus der Illegalität holen, meint auch die Ausländerbeauftragte Barbara John. „Wenn wir ihnen Gewerbefreiheit

geben und ihre Ausbildungsabschlüsse anerkennen, das würde einen ganzen Schub von Unternehmen in Gang setzen.“ Schuhe, Textilien und andere Konsumartikel werden kaum noch von Deutschen produziert, „warum sollen wir diese Lücke nicht den Einwanderern überlassen?“ Die meisten seien „dynamische junge Leute, die wollen was erreichen“.

Unternehmerische Dynamik statt Verarmung und Kriminalität: Berlins türkische Gemeinde beweist seit langem, daß auch dies zu den Berliner Chancen zählt. Über 4000 selbständige Türken geben 32 000 ihrer Landsleute Arbeit, einem Drittel der ganzen türkischen Erwerbsbevölkerung.

So auch Medet Bozkurt, 32, der erst 1977 nach

Deutschland kam und 1985 mit seinen drei Brüdern ein Geschäft für Secondhand-Möbel mit 40 000 Mark Umsatz im Monat eröffnete. Zehn Jahre später, mit einem riesigen Ostmarkt vor der Haustür beschenkt, dirigiert Bozkurt einen ganzen Handelskonzern. Mit Möbelherstellern in Polen, Tschechien und der Slowakei sowie acht Filialen in Berlin, Brandenburg und Prag macht er 100 Millionen Mark Jahresumsatz und beschäftigt 350 Angestellte.

Den Durchbruch, erinnert sich Bozkurt, brachte die Eröffnung einer kostengünstigen Filiale in einem alten Papierlager in Ost-Berlin im Jahr 1990. Vermieter war damals noch die Firma Zen-trag, Eigentümer die Staatspartei SED.

So phantastisch kann Berlin sein.



M. YILMAZ/FP/ARAZI

Türken in Berliner Schlachthof*: „Dynamische Leute, die wollen was erreichen“

Aus dem Alltag, auch der deutschen Bevölkerung, sind sie nicht mehr wegzudenken. Der Putzfrauenmarkt ist fest in der Hand polnischer Pendlerinnen, die oft nur ein paar Monate bleiben. Auch Handwerks- und Malerarbeiten läßt der Berliner immer häufiger von Schwarzarbeitern aus Osteuropa erledigen.

Die Brosamen vom Tisch der Reichen genügen aber für die stetig wachsende Zahl der Migranten nicht mehr. In den ethnischen Gruppen „wird es immer enger“, berichtet der Kubaner Ricardo Fonseca, Sprecher des Verbands der Ausländerinitiativen. „Auf einen legalen Peruaner“, schätzt er, „kommen sieben Illegale“, und die ganze Gemein-

ten, klagt stellvertretend für viele Einwanderer ihr Leid. „Die Deutschen machen einen Riesenfehler: Sie überlassen die Illegalen sich selbst, so fällt die ganze russische Gemeinde in die Hände der Mafia.“

Dieter Schenk, Präsident des Landeskriminalamts, hält das für übertrieben: „Noch können wir die Gewalttaten unter Ausländern fast immer aufklären.“

Die Warnzeichen sind gleichwohl nicht zu übersehen. Monatelang machten letztes Jahr Einbrecherbanden aus dem Kosovo den Berliner Süden unsicher. Im Strichviertel südlicher Tiergarten wurden kürzlich drei Polizisten suspendiert, die mit einem bulgarischen Zuhälterring gemeinsame Sache gemacht haben sollen. In der Ausländer-

* Im Bezirk Reinickendorf.